

Rathaus
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 70
kanzlei@sk.so.ch
www.so.ch

Medienmitteilung

Ja zur Erhöhung des Preises der Autobahnvignette

Solothurn, 28. Juni 2011 – Der Regierungsrat stimmt in seiner Vernehmlassung an die Oberzolldirektion der geplanten Änderung des Nationalstrassenabgabegesetzes zu. Diese sieht eine Erhöhung des Preises der Autobahnvignette von 40 auf 100 Franken vor. Diese Gesetzesanpassung erfolgt im Zusammenhang mit der Anpassung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz.

Mit dem neuen Netzbeschluss Nationalstrassen sollen Kantonsstrassen mit einer Länge von rund 400 km ins Nationalstrassennetz überführt werden. Die jährlichen Kosten für den Betrieb und Unterhalt sowie Ausbau der zu überführenden Strassen betragen rund 305 Mio. Franken. Bund und Kantone haben sich geeinigt, dass im Rahmen der Überführung der Kantonsstrassen ins Nationalstrassennetz der Bund seine Beiträge an kantonale Hauptstrassen um 30 Mio. Franken reduziert. Mit diesem Betrag unterstützte der Bund bisher die Kantone bei Betrieb und Unterhalt der jetzt ins Nationalstrassennetz übergehenden Strassen. Da im Kanton Solothurn keine Kantonsstrassen ins Nationalstrassennetz überführt werden, ist der Kanton Solothurn von der Reduktion der Bundesbeiträge nicht betroffen.

Der Regierungsrat anerkennt, dass der Bund die ihm verbleibenden Mehrkosten nicht aus der allgemeinen Bundeskasse, sondern haushaltsneutral durch

die Nutzer finanzieren will. Er stimmt somit der vorgeschlagenen Lösung – Jahresvignette (100 Franken) und Einführung einer Kurzvignette – zu.

Autofahrer und Wirtschaft haben zwar eine gewisse finanzielle Mehrbelastung zu tragen, die Mehreinnahmen kommen jedoch dem Strassenverkehr und somit den direkt Betroffenen zugute.